

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ditt in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 52.

Sonnabend, den 5. Mai 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der 1. Termin der diesjährigen staatlichen Einkommensteuer ist am 30. April a. c. fällig gewesen und bis längstens am 20. dieses Monats an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme (welche außer Mittwochs jeden Wochentag Vormittags von 9—12 Uhr, Nachmittags von 2—5 Uhr geöffnet ist) abzuführen.

Gegen Säumige ist sofort nach Ablauf der Zahlungsfrist das Mahn- resp. Executionsverfahren einzuleiten.
Zwönitz, am 1. Mai 1883.

Der Bürgermeister.
Adam.

Bekanntmachung.

die öffentlichen Impfungen betreffend.

Die im Jahre 1882 sowie in früheren Jahren geborenen Kinder, welche der Impfpflicht noch nicht genügt haben, sollen Montag den 7. Mai a. c. Nachmittags 2 Uhr

durch Herrn Dr. med. Bursian geimpft werden.

Als Impflocal ist die Restauration zum Rathsteller bestimmt.

Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder u. impfpflichtiger Kinder werden unter ausdrücklicher Verwarnung vor den in § 14 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 8. April 1874 angedrohten Strafen hiedurch aufgefordert, mit ihren Kindern in dem anberaumten Impftermine zu erscheinen oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliches Zeugniß nachzuweisen.
Zwönitz, am 4. Mai 1883.

Der Bürgermeister.
Adam.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Kaiser hat seine vom besten Erfolge begleitet gewesene Frühjahrscur in Wiesbaden beendet und ist am vorigen Dienstag wohlbehalten wieder in Berlin eingetroffen. In der Begleitung des Kaisers befand sich dessen erlauchter Tochter, die Großherzogin von Baden, welche einen längeren Aufenthalt in Berlin zu nehmen gedenkt.

Der Reichstag führte in dieser Woche — und zwar am Montag — zunächst die zweite Berathung des Krankencassengesetzes zu Ende; sämtliche noch residirende Bestimmungen der betreffenden Vorlage wurden im Allgemeinen nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. Am folgenden Tage beschäftigte sich das Haus mit Wahlprüfungen und verwies sodann den von socialdemokratischer Seite gestellten Antrag, gegen diejenigen Polizeibeamten, welche vor Kurzem verschiedene socialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Kiel verhafteten, an die Geschäftsordnungs-Commission. Ein weiterer, ungleich wichtigerer Antrag aus der Mitte des Hauses, derjenige des secessionistischen Abgeordneten Rickert, die ersten vierzehn Paragraphen des Unfallversicherungsgesetzes im Plenum und zwar sobald als möglich beraten zu wollen, ging nach lebhafter Debatte an die Unfall-Commission. Am Mittwoch nahm der Reichstag vor Eintritt in die Tagesordnung den Vortrag eines Schreibens des Reichskanzlers entgegen, welches sich auf den Antrag des Abg. Richter-Hagen bezüglich des Gewerbebetriebes der Militärwerkstätten bezieht. Der Kanzler legt im Namen des Kaisers Verwahrung dagegen ein, daß der Reichstag an die Militärverwaltung directe Aufforderungen ergehen lassen könne, derartige Aufforderungen sei die Militärverwaltung des Reiches weder verpflichtet, noch berechtigt, zu befolgen oder auch nur amtlich entgegen zu nehmen. Da der Inhalt des Schreibens sich auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Berathung der zur Gewerbeordnungs-Novelle gestellten Anträge Richter, Baumbach und Genossen, bezog, so entspann sich eine animirte Debatte über beide Gegenstände zugleich. Nachdem Abg. Richter die Adresse seines Antrages an den Reichskanzler anstatt an die Militärverwaltung gerichtet, ergriff der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf das Wort, um darzuthun, daß die den bürgerlichen Gewerben gegenüber von den Deconomie-Handwerkern gemachte Concurrnz überaus unbedeutend sei und erklärte im Uebrigen den Antrag Richter als einen directen Eingriff in die Machtbefugniß des Kaisers. Im Sinne des Kriegsministers sprachen auch die Abgeordneten Windthorst, v. Kleist-Rekow und Heydemann, während die Abgeordneten Goldschmidt und Richter-Hagen den Antrag des Letzteren vertheidigten. Es kam hierbei zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung zwischen dem fortschrittlichen Führer und dem Kriegsminister und fand die elegante Schneidigkeit, mit welcher Herr v. Bronsart den Richter'schen Angriffen gegenübertrat, lebhaften Beifall auf der rechten Seite des

Hauses. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde alsdann ein gleichfalls von fortschrittlicher Seite eingebrachter Antrag auf Bildung besonderer Gesellen-Innungen mit großer Majorität abgelehnt. Für die nächste Sitzung am Freitag standen der Rest der Gewerbegefehnovelle (Strafbestimmungen) und die erste Berathung des Etats pro 1884/85 auf der Tagesordnung.

Der vermiste Dampfer „Habsburg“ des Norddeutschen Lloyd ist am 20. April von der englischen Bark „Nicosia“ unter 18 Grad westlicher Länge angesprochen worden, doch verlautet noch nichts darüber, ob der Dampfer irgendwelche Beschädigungen erlitten hat.

Oesterreich-Ungarn. In Oesterreich zieht man auf beiden Seiten das Facit aus den heißen parlamentarischen Kämpfen um die Novelle zum Volksschulgesetze. Die Wahrheit zu sagen, ist keine der Parteien von dem Resultate der langen Wortschlacht befriedigt. Die Rechte hat allerdings gesiegt, aber es war sozusagen ein Pyrrrhussieg, denn die Annahme der Novelle erfolgte mit nur 3 Stimmen Majorität und Graf Taaffe könnte da wohl ausrufen: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren!“ Kein Wunder daher, daß die Siegestimmung unter den Fractionen der Rechten des Abgeordneten-Hauses keine allzugroße ist. Auf der linken Seite des Hauses ist man begreiflicherweise über den Ausgang der Debatten auch keineswegs erbaut und es hieß sogar, daß die Liberalen einen parlamentarischen Strike in Scene setzen wollten, doch haben die besonnenen Elemente in den Reihen der Verfassungspartei die Linke von diesem bedenklichen Vorhaben wieder abgebracht. Jedenfalls hat aber der erbitterte Meinungsaustrausch im Reichsrathe über die Volksschulgesefhnovelle nicht dazu beigetragen, die Gemüther einander zu nähern.

Frankreich. Nachdem die deutsch-österreichisch-italienische Tripelallianz bereits in verschiedenen Parlamenten des Langen und Breiten erörtert worden ist, kommen nun auch die Franzosen nachgehinkt. In der Dienstags-Sitzung des Senats interpellirte der Herzog von Broglie, der Wortführer der Orleanisten, den Minister des Auswärtigen über diese Angelegenheit, doch wußte Herr Challemel-Lacour absolut nichts Neues hierin vorzubringen. Indessen, seinen Unmuth über die Verständigung der drei Mächte und über seine mangelhaften Informationen konnte der Minister nicht verhehlen, was allerdings nicht sehr diplomatisch erscheint. Im Großen und Ganzen war die Erwiederung Challemel-Lacour's herzlich schwach und der Herzog von Broglie unterließ es denn natürlich auch nicht, an den Ausführungen des Regierungsvertreters eine scharfe Kritik auszuüben und am Schlusse seiner Rede der Regierung sein entschiedenes Mißtrauen auszusprechen. Irgend ein practisches Ergebnis hat die Anfrage des Herzogs von Broglie somit nicht aufzuweisen und wird nun hoffentlich die Tripelallianz von der Bildfläche der parlamentarischen und sonstigen Erörterungen endlich verschwinden.